

Anlage 1

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
am 19.02.2010 – Punkt 2 ö. S. –

E t a t r e d e 2 0 1 0

des Ratsmitgliedes Angela Keul-Göbel
namens der CDU-Fraktion

Sehr geehrte Anwesende,

vorweg eine Bemerkung: ich benutze heute die weibliche Form der Ansprache; aber seien Sie versichert: die Männer sind mitgemeint. Selbstverständlich spreche ich Männer dann an, wenn nur sie gemeint sind. Das zeige ich gleich am Beginn meiner Rede:

Sehr geehrter Herr OB, Sie haben als Kämmerer ihren letzten Haushalt eingebracht. Dieser Haushalt und auch der Vorbericht zum Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2009, den Sie uns als Tischvorlage in der Ratssitzung am 04.11.09 vorgelegt haben, zeigt die Richtung, in die wir gehen müssen: Wir stehen mit dem Rücken an der Wand!

Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt – mit Ausnahme des Jahres 2008 - kontinuierlich an: von 1.974,68 € in 1998 auf 2.154,98 € in 2007, dabei sind die Schulden der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften nicht eingerechnet.

Der Stand der Kredite zur Liquiditätssicherung steigt von 100.621.141 € im Jahr 2009 auf 307.806.339 € im Jahr 2012, verdreifacht sich also in vier Jahren.

Ihren ersten Wahlkampf als OB haben Sie gewonnen mit dem Versprechen, den Sportplatz auf Karthause zu bauen; den Moselweißerinnen haben Sie versprochen, die Zufahrt von der Kurt-Schumacher-Brücke zur Karthause zu bauen, Ihrem Vorgänger Willi Hörter haben Sie vorgeworfen, dass er 50 Millionen DM Sanierungsstau an den Schulen zu vertreten hat.

Wie beenden Sie Ihre Amtszeit?

Kein Sportplatz auf der Karthause, keine Verbindung der Brücke zur Karthause, Sanierungsstau bei Brücken, Straßen, öffentlichen Gebäuden – weit über 100 Mio €...
kein ausgeglichener Haushalt, sondern eine ansteigende Verschuldung!

Die Einnahmen brechen weg – trotzdem muss nach unserer Auffassung die Haushaltskonsolidierung das Ziel bleiben. Daher haben wir von der Verwaltung **Einsparvorschläge** erwartet, alle **Ausgaben** müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben in Ihrer Rede ausgeführt, dass die „wegbrechenden Erträge **natürlich** nicht mit Einsparungen und Kürzung von Aufwendungen in gleicher Höhe kompensiert werden können“. Wir stimmen Ihnen zu, dass dies nicht in gleicher Höhe möglich ist; dennoch erwarten wir von der Verwaltung Einsparungen und Kürzungen von Aufwendungen – auf realisierbare Vorschläge warten wir leider vergebens.

Wir erwarten von der Verwaltung und an Ihrer Spitze vom OB und Kämmerer strukturelle Veränderungen, die zu Einsparungen führen - leider wurden nur Erhöhungsvorschläge für Steuern, Gebühren, Eintrittsgelder usw. erarbeitet, keine Einsparvorschläge. Gerade die Einführung der Doppik hat die Gelegenheit geboten, strukturelle Veränderungen vorzunehmen – diese Möglichkeit wurde leider nicht genutzt.

Wir könnten uns z.B. eine Neuorganisation der Wirtschaftsförderung vorstellen. Diese müsste ein Bestandsmanagement für bestehende Unternehmen enthalten. Als prosperierende Stadt müssen wir uns auch um die bereits ansässigen Unternehmen kümmern. Dieser Ansatz kommt uns jetzt zu kurz.

Ein anderes Beispiel ist die Kfz-Zulassung. In anderen Kommunen stellt diese eine Einnahme-Position dar, bei uns benötigt die Zulassung einen Zuschuss in 2010 von 121.466 €, der in den Folgejahren ansteigt auf 182.874 € im Jahr 2013.

Im gesamten Ergebnis- und Finanzhaushalt warten wir auf Vorschläge der Verwaltung, wie z.B. die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen – und hier bietet sich die Kreisverwaltung MYK an, die ihren Sitz in Koblenz hat – zu Einsparungen führen kann.

Von den ehrenamtlichen Politikerinnen können Sie nicht wirklich weitere Einsparvorschläge erwarten. Denn diese werden von der Verwaltung kaum ernst genommen und nur selten aufgegriffen, wie ich aus meinen langen Jahren als Vors. RPA weiß. Ich nenne hier nur die Ausschreibung der Versicherungsbeiträge und die Umstellung der Druckerei – hier haben wir statt Senkung der Personalkosten sogar Erhöhungen zu verzeichnen.

Leider wurde unter Ihrer Führung nur bei den Investitionen „gespart“, um eine Netto-Neuverschuldung Null zu erreichen. Es zeigt sich heute, dass dies zu Lasten der Stadt geht. Der Sanierungsstau in allen Bereichen ist nahezu unüberschaubar. Bei den Brücken können wir auf Hilfe aus Berlin und Mainz warten, die uns sicherlich auch gewährt wird. Doch ein Eigenanteil verbleibt bei der Stadt. Bei den Straßen haben wir einen enormen Sanierungsstau – alleine bei den Straßen im Industriegebiet etwa 15 Mio €. Die öffentlichen Gebäude weisen ebenso einen hohen Unterhaltungs- und Sanierungsstau auf. Die Schulen werden – auf Anstoß durch die CDU-Fraktion- von der Koblenzer Wohnbau saniert; doch auch hier reicht das Geld nicht, weil die Gebäude, die in den fünf Jahren rot-grüner Koalition in Koblenz total vernachlässigt wurden, inzwischen kaum noch den Bedürfnissen an eine attraktive Bildungspolitik entsprechen.

Das Konjunkturpaket II, das von der CDU-geführten Bundesregierung initiiert wurde, hilft uns nur bedingt. Zum einen konnten nur die Schulen berücksichtigt werden, für die „baureife“ Planungen vorlagen; zum anderen verzögert sich die „normale“ Sanierung um weitere drei Jahre, weil das Maßnahmenpaket insgesamt die Grenzen der Belastbarkeit fast schon überschreitet. So sehr wir den Schulen, die nun profitieren – wie etwa dem Schulzentrum Karthause und der Grundschule Neuendorf – die Sanierung gönnen – die notwendigen und bereits in die Prioritätenliste aufgenommenen anderen Vorhaben werden wiederum geschoben. Es wird immer schwieriger, Eltern und Lehrpersonen dieses Vorgehen zu erklären.

Zudem ist das Land gefordert, die Städte stärker zu unterstützen. Koblenz verfügt nicht mehr über eine ausreichende Finanzausstattung zur Aufgabenerfüllung und zur Gestaltung der kommunalen Selbstverwaltung. Gerade das Land betraut uns mit der Erfüllung einer Flut von Aufgaben, z.B. der Schülerbeförderung. Hier bleibt an der Stadt Koblenz ein jährliches Defizit in Höhe von 1.674.287 € hängen. Obwohl die Kosten und damit die Ausgaben seit Jahren steigen, bleibt der Zuschuss des Landes gleich hoch. Nach der Richtlinie: „Wer bestellt, der bezahlt“, müsste das Land diese Kosten komplett übernehmen. Eine weitere Belastung der Eltern scheidet für die CDU-Fraktion aus; denn es verbleiben hauptsächlich die Gymnasiasten, deren Eltern einen Beitrag zahlen müssen. Für uns gilt: Gleiche Bildungschancen für alle – also auch für Gymnasiasten.

Doch nicht nur bei der Schülerbeförderung lässt uns das Land im Stich.

Im Unterschied etwa zum Nachbarn Hessen werden die Großstädte nur dürftig bedacht. Der Mainzer Finanzdezernent Kurt Merkator (SPD) betont seit Jahren, dass er in Wiesbaden - bei

ansonsten gleichen Eckdaten - keine Schulden machen müsste. Doch in Rheinland-Pfalz werden die Städte wie Stiefkinder behandelt – das Geld fließt in die Landkreise.

Die Landesregierung verweist auf hohe projektbezogene Zuschüsse, die wir auch erhalten – BuGA, Hochwasserschutz usw. Doch diese Projektgelder fließen nur, wenn Koblenz ebenfalls seinen Beitrag leistet – besonders kritisch sehen wir dies z.B. beim Zuschuss an die Jugendherberge.

Statt Geld einzusparen, bedeuten neue Projekte und damit die Scheckdiplomatie der SPD-Landesregierung weitere Ausgaben für Koblenz.

Der Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel (SPD) als Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Städtetags nannte das Problem schon vor Monaten "unlösbar". Denn in Rheinland-Pfalz ist die Lage der Kommunen wesentlich katastrophaler als im Bundesdurchschnitt. Hier leiden viele Kommunen bereits seit Jahren, sodass sie mit Kassenkrediten die laufende Verwaltung finanzieren. Diese wahrhaftig nicht erstrebenswerte Spitzenposition hält Rheinland-Pfalz zusammen mit dem Saarland weiter.

Wir überziehen den kommunalen Dispo seit Jahren, in 2009 mussten am Geldmarkt bis zu 27,1 Mio € an Kassenkrediten aufgenommen werden; die inneren Kredite unserer Eigenbetriebe sind dabei nicht berücksichtigt. In diesem Instrument "tickt eine kleine Zeitbombe, wenn die Zinsen wieder auf normale vier Prozent steigen", warnt der Professor der Stadt- und Regionalökonom Martin Junkernheinrich (Kaiserslautern). Dass der kommunale Finanzausgleich die hohen Soziallasten in den Städten nicht stärker abfedert, sieht Junkernheinrich dabei "als Schwachstelle" im rheinland-pfälzischen System, wie die Rhein-Zeitung in ihrer Ausgabe vom 3. Februar 2010 berichtet hat.

Daher waren wir sehr erstaunt über Ihren Vorschlag, Herr OB, den geplanten Bau der Schule am Moselring mit einem „verlorenen Zuschuss“ i.H.v. 1,6 Mio € zu unterstützen, obwohl diese eine Konkurrenz für die Schulen am Kemperhof und bei der de Hayschen Stiftung darstellen würde. Solche Geschenke können wir uns nicht mehr leisten! Wir müssen uns um die Schulen kümmern, für die wir bereits verantwortlich sind!

Das Gleiche gilt für die beiden von Ihnen, Herr OB, wiederum beantragten zwei Stellen für die Zentrale Stelle für Serviceentwicklung sowie die Fortentwicklung der Bürgerorientierung. Wir können kaum glauben, dass Sie eine solche Stellenvermehrung tatsächlich beantragen!

Rechnet man die beiden Jahreseinkommen von 76.200 € zuzügl. Der Sozialversicherung, so kommen wir auf mehr als 90.000 € jährliche Mehrbelastung. Sollten Sie die Erfüllung der damit verbundenen Aufgaben tatsächlich für notwendig erachten, sollten Sie zunächst eine strukturelle Veränderung und so die Freisetzung von zwei Arbeitskräften ermöglichen. Immer wieder neue Stelle zu schaffen, ist die leichteste Übung, aber unsere Kinder werden es uns mit Recht **nicht** danken! Diesen Vorschlag lehnen wir daher ab.

Auch der Antrag der SPD-Fraktion findet bei uns keine Zustimmung, für die Sanierung der Rhein-Anlagen weitere 2 Mio € bereitzustellen. Zum einen werden unsere Eigenbetriebe – nicht zuletzt durch die BuGA – über ihre Grenzen belastet; zum anderen sind die Betriebe der Region – wie die BuGA-Verantwortlichen immer wieder betonen- gerade im gärtnerischen Bereich ausgelastet. Weitere Vorhaben in diesem Bereich führen zu Preiserhöhungen bei allen Vorhaben, die diese Sparte betreffen. Der notwendigen Sanierung von dringend notwendigen Maßnahmen (wie Wege) stimmen wir zu. Diese Mittel sind im Eigenbetrieb bereits eingeplant.

Die Kommunalfinanzen sind ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen, ebenso wie die Infrastruktur und die Gewerbe- und die Grundsteuerhebesätze. Deshalb sind wir gegen eine Erhöhung der Hebesätze. Wir wollen für Unternehmen und Einwohnerinnen ein attraktiver Standort bzw. Wohnort bleiben. Bei den Gewerbe- und Grundsteuerhebesätzen können wir uns nicht mit den anderen Großstädten messen; unsere Konkurrenz, unsere Mitbewerberinnen befinden sich im Umland, in Mülheim-Kärlich, dass seit Jahren nicht nur eine steigende Prosperität der Gewerbe verzeichnen, sondern auch auf zunehmende Einwohnerinnenzahlen verweisen kann. Im nördlichen Rheinland-Pfalz steht Koblenz bei beiden Hebesätzen an oberster Stelle (s. Bericht IHK). Laut Untersuchung der IHK (S. 30) belegt Koblenz bei den Grundsteuereinnahmen je Einwohnerin hinter Ludwigshafen, Kaiserslautern und Pirmasens den 4. Platz. Es folgen Mainz, Speyer, Landau, Trier, Worms und Zweibrücken. Dies zeigt, dass Bürgerinnen und Wirtschaft in Koblenz erheblich zur Finanzausstattung beitragen.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer belegt Koblenz sogar den 3. Platz der kreisfreien Städte hinter Mainz und Neustadt. Bei uns sind demnach relativ viele Bezieherinnen mittlerer oder höherer Einkommen ansässig. Dies soll auch so bleiben.

Der Haushalt wurde erst spät vorgelegt, trotzdem wurden wir mit zahlreichen Veränderungen konfrontiert. Bei einem Ergebnishaushalt mit einem Defizit von etwa 74 Mio € - nach der neuen Rechnung waren es nun 72,47 Mio. Euro-, mit einem Finanzhaushalt von konsumptiv ungedeckten etwa 70 Mio € und mit einer Nettoneuverschuldung für Investitionen von 33 Mio € wird es uns Ratsmitgliedern fast unmöglich gemacht, eigene Akzente zu setzen und Vorhaben einzubringen, die uns und unseren Wählerinnen wichtig sind.

Wir begrüßen, dass die Institutionelle Förderung der Jugendarbeit um 180.000 € erhöht wurde. Hiermit wird der wichtige Grundsatz der Subsidiarität gestärkt.

Wir erwarten Vorschläge des Landes und der Verwaltung zur Schulsozialarbeit in der Realschule plus, die wir für unbedingt notwendig halten. Die OECD-Studie "Bildung auf einen Blick" hat dem deutschen Bildungssystem im internationalen Vergleich einen großen Nachholbedarf verschrieben. Hier können Kommunen nur bedingt helfen. Die Rolle der Bildung in der Gesellschaft muss neu definiert werden.

Der Wert der Bildungspolitik wird von Bund und Land ständig betont. Hier vor Ort müssen diese Versprechen umgesetzt werden. Jugendarbeit und Bildungspolitik sind zwei Seiten einer Medaille. Dabei sind wir als Kommune aktiv und dies findet die Unterstützung der CDU-Fraktion.

Wir bauen das Angebot an Plätzen in Kindertagesstätten aus, bieten Kinderbetreuung während der Ferien an, halten das Angebot an betreuender Grundschule bereit, investieren mit Unterstützung der Koblenzer Wohnbau und dem Konjunkturpaket II in die Schulgebäude, stellen weiterhin Geld für Unterrichtsmaterial zur Verfügung, tragen die hohen und weiter steigenden Heiz- und Stromkosten usw.

Fast 14 Mio € werden insgesamt im Rahmen des Konjunkturpakets II in die Schulen investiert, im Jahr 2010 sind Ausgaben von fast 7 Mio € geplant, also die Hälfte des Gesamtvolumens. Hier wird wieder die Krux solcher Modelle offensichtlich: ab dem Jahr 2012 muss die Kommune das zinslose Darlehen zurückzahlen, die Investitionen werden nur zur Hälfte vom Konjunkturpaket gedeckt.

Der Ruck in der Bildungspolitik ist bislang ausgeblieben. Er wird auch erst dann durch die Gesellschaft gehen, wenn alle davon überzeugt sind, dass gute Schulen und eine höhere Ausbildung für möglichst viele Menschen wichtig sind. Wir müssen mehr Geld für Schulen und Universitäten bereitstellen und Eltern müssen die Ausbildung ihrer Kinder ernster

nehmen als das neue Auto und die Urlaubsreise und auch, Schülerinnen und Schüler dürfen den Unterricht nicht als eine lästige Halbtagsveranstaltung empfinden.

Nirgendwo fühlen sich Kinder so wenig ihrer Schule zugehörig wie in Deutschland, lautet ein erschreckendes Ergebnis der neuen Studie. In diesen Tagen ist viel die Rede von Gerechtigkeit. Wenn es ein sicheres Rezept dafür gibt, Menschen möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse zu garantieren, dann muss man früh anfangen, am besten schon im Kindergarten und den Kindertagesstätten. Das tun wir, soweit die Aufsichtsbehörde dies zulässt. Insbesondere in den Schulen ist nach unserer Auffassung eine Erhöhung der Ausgaben unumgänglich.

Um dies in den nächsten Haushaltsjahren zu erreichen, wird die CDU-Fraktion für eine der nächsten Ratssitzungen den entsprechenden Antrag einbringen.

Die Förderung von schnellen Datennetzen in der Stadt für Unternehmen und Stadtteile ist uns wichtig. Deshalb wollen wir hier Mittel einstellen und beantragen Mehrausgaben von 100.000 €. Wie im vergangenen Jahr beantragen wir 50.000 € für die Förderung von energiesparenden Haushaltsgroßgeräten mit 100 € pro Haushalt. Über 100.000 Euro, die wir beantragt haben, haben wir schon einen Antrag im Haupt- und Finanzausschuss gestellt, 50.000 Euro bei dem Vorhaben Corporate Design zu streichen. Dies ist auch schon geschehen. Und weiter beantragen wir, um das zu decken, die Streichung von 50.000 Euro auf der S. 187 für Öffentlichkeitsarbeit mit der Begründung, dass im BUGA-Jahr zusätzliche Werbung für Koblenz nicht erforderlich ist.

Auf die zahlreichen geplanten Investitionen ist der OB bereits in seiner Rede eingegangen; ich werde dies nicht alles wiederholen. Wir unterstützen die Investitionen, nicht zuletzt weil damit regionale Unternehmen Aufträge unterhalten, Insolvenzen vorgebeugt wird und so Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Wir begrüßen, dass die Mittel für den Stadionneubau i.H.v. 55 T€ übertragen werden – hier betone ich, die CDU-Fraktion steht unverändert zum Standort an der A 61 gemäß den Beschlüssen, dies durch einen Investor zu realisieren. Ebenso begrüßen wir die Übertragung der Planungsmittel für den Endausbau der Weitenbornstraße, wo nur ein kleines Reststück noch gebaut werden muss und die Kosten im Wesentlichen durch Anwohnerbeiträge getragen werden. Für den Ausbau des Leinpfades zwischen Stolzenfels und dem Siechhaustal wurde die Einstellung von 25 T€ Planungsmittel beschlossen. Mit der VE von 1 Mio € für das

Baugebiet südliches Güls wird auf Wunsch des Ortsbeirats eine Auftragsvergabe schon in 2010 ermöglicht.

Nicht beschlossen wurden zu unserem großen Bedauern die Mittel für die Kreuzung L 127 / Pfarrer-Kraus-Straße, weshalb wir den Antrag heute wiederholen. Wir hoffen hier auf Unterstützung auch aus der SPD-Fraktion. Bereits in der Ausgabe der RZ am 30. August 2008, Seite 23 ist zu lesen:

„Eine gute Nachricht für Arenberg kam jetzt aus der Landeshauptstadt im Hinblick auf einen Verkehrskreisel an der Einmündung L 127/Pfarrer-Kraus-Straße. Der Stadtteil wartet bereits seit Längerem auf den Bau eines Kreisels in diesem Bereich (die RZ berichtete). Die SPD Arenberg-Immendorf mit Ratsmitglied Gerhard Voell bat bei einem Ortstermin MdL David Langner (SPD), sich für eine Förderung der Maßnahme im Mainzer Verkehrsministerium einzusetzen.

Langner erhielt nun von Verkehrsminister Hendrik Hering eine positive Mitteilung. Der zuständige Landesbetrieb Mobilität (LBM) hat das Vorhaben geprüft und sieht grundsätzlich die Möglichkeit einer Förderung im Rahmen des Entflechtungsgesetzes beziehungsweise des Landesfinanzausgleichsgesetzes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Die Stadt hatte im Juli beim LBM eine Fördervoranfrage eingereicht.

Besonders freut Voell und Langner, dass der Minister aufgrund der dargelegten Rahmenbedingungen eine zeitnahe Bewilligung in Aussicht stellt. "Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung nun die nötigen Schritte unternimmt, um eine rasche Realisierung vor der Bundesgartenschau zu ermöglichen. Das Land trägt seinen Anteil in jedem Fall bei", so Langner.

Jetzt haben Sie die Gelegenheit, das Vorhaben zu realisieren. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Zudem beantragen wir die Übertragung von 12.000 € Planungskosten für die Beleuchtung der Wasserwerksrunde B 52.

Die Stadt baut und investiert, bei Projekten für die BuGA, beim Hochwasserschutz, dem Ausbau der Löhrrstraße und dem Stadion Oberwerth, baut den Schienenhaltepunkt, dessen Mehrkosten bis heute nicht endgültig finanziert sind, setzt die Förderprogramme Welterbestätte bei den Festungen um, plant den Kulturbau auf dem Zentralplatz, die Umgestaltung des Platzes und der Umgebungsstraßen, den Neubau eines Hallenbades und die Generalsanierung der Hauptfeuerwehrwache – insgesamt etwa 85 Mio €, und das bei einem Ergebnishaushalt mit etwa 75 Mio € Defizit.

Lange haben wir in der CDU-Fraktion darüber diskutiert, ob wir einem solchen Haushalt überhaupt zustimmen können. Bisher wurden durchschnittlich 30 bis 50 Mio € im Investitionshaushalt umgesetzt, auch wenn mehr Geld bereitgestellt wurde. Kann die Verwaltung die 85 Mio € überhaupt umsetzen? Erschweren wir damit nicht unnötig die Genehmigung durch die ADD? Belastet wurde die Diskussion durch die Anmerkung der Verwaltung, dass die ADD uns den Haushalt so nicht genehmigen wird. Uns liegt aber sehr daran, dass nicht nur die im Nachtrag beschlossenen VE-Maßnahmen umgesetzt werden. Ansonsten wird eine Verschiebung stattfinden: die eigentlichen Haushaltsberatungen für den Finanzhaushalt werden bei den Nachtragshaushalten stattfinden, weil die hohen Verpflichtungsermächtigungen den Haushalt des Folgejahres bestimmen. So auch in diesem Jahr mit mehr als die Hälfte.

Beim Vergleich der IHK, der sich auf den ursprünglichen Haushalt 2009 bezieht – also den enormen Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen noch nicht berücksichtigt – liegt Koblenz bei der Pro-Kopf-Verschuldung bei den 12 kreisfreien Städten auf Platz 10. Mitunter diese Argumentation hat uns dazu bewogen, schweren Herzens – mit Blick auf die Belastungen, die wir kommenden Generationen hinterlassen- und zum Teil mit der Faust in der Tasche dem Haushalt zustimmen; allerdings mit dem Hinweis, dass damit weitere Zustimmungen zu kommenden Haushalten nicht präjudiziert sind.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.